

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 gepaltene Solen...

Erscheint täglich einmal...

Redaktion und Druck-Verlag...

Bezugspreis für Halle hierüberlich bei...

Nr. 441.

Halle a. S., Mittwoch, den 20. September.

1911.

Politik oder Demagogie?

Von Professor Dr. Hugo Preuß.

Wolfgang Heine veröffentlicht im „Volkswacht für Anhalt“ vom 9. September einen Artikel...

Die Wähler vor der fortschrittlichen Volkspartei warnen, weil es angeht...

Mag sein; gibt es doch heute noch sozialdemokratische Politiker, die auf den Dresdener Parteitag als auf ihren „Jungbrunnen“ zurückzusehen...

„Man mag als Sozialdemokrat an diesem Liberalismus ebenso viel auszusagen haben, wie er an uns, man mag insbände sein, alle seine Sünden an der Schürm heranzählen: über die Tadeln kommen beide Richtungen in der deutschen Politik nicht hinweg, daß Schürmader und Reaktionsäre Triumphe feiern und ihre Herzenswinde erfüllt sehen...

Das ist zweifellos auch Heines politische Anschauung; und doch? Gewiß folgt daraus keineswegs, daß man die prinzipiellen Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Liberalismus auch in seiner entschiedensten Form irgendwie verlegen oder veräußern sollte.

In dem eben erwähnten Artikel sagt Heines Gekinnungsgenosse Schröder: „Eine aufwärtsstrebende Partei macht politische Fehler, um aus ihnen zu lernen“; das bezieht sich nämlich auf den Dresdener „Jungbrunnen“.

*) Wir geben den interessantesten Aufschuß des geschätzten Politikers hier gern wieder, bemerken aber, daß wir von der Bülowischen Wochenschrift eine andere Auffassung haben.

demokratie vorherrschenden „ultraradikalen Hysterie“ andererseits konnte die Meinung aufkommen, daß es für eine attionsfähige parlamentarische Gruppierung gar keine andere Möglichkeit gäbe, als die widernatürliche konservativ-liberale Paarung.

Die einzige zur Reise gelangte Blodfrucht, die Heine kritisiert, ist das Reichsvereinsegesetz. Daß dieses Gesetz „in jeder Beziehung unzulänglich“ ist, wird man auch von liberalen Standpunkt durchaus nicht bestreiten.

Am ärgsten verärgert Heine gegen diesen Grundschuß seiner eigenen politischen Richtung mit dem Haupttrumpf, den er gegen uns ausspielt: Die Freimüthigen wären in der Blodfrucht bereit gewesen, indirekte Steuern zu bewilligen; also sei jeder Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei hinsichtlich verächtlich, verglichen auch in Zukunft zu verüben!

Ja, sagt Heine, aber Ihr bekommt es fertig, nicht nur für indirekte Steuern überhaupt, sondern sogar für Konjunktueren zu stimmen; deshalb seid verflucht!

Verdammnis geflochten, wenn Ihr wirklich aus dem ewig fehlerhaften Kreise der unfruchtbaren „ultraradikalen Hysterie“ herauswollt, denn ohne Konjunktueren ist eine praktische Finanzpolitik heute auch schließlich unmöglich.

Wir haben den Parlamentarismus noch nicht; doch eine wesentliche Voraussetzung, um ihn erfolgreich zu erstreben, ist es, daß wir auch in den Parteikämpfen uns nicht als innerantwortliche Demagogen, sondern als verantwortliche Politiker fühlen; daß wir also den Wählern nichts versprechen, was wir nicht im Besitze der politischen Macht und Verantwortlichkeit — nicht auszuführen in der Lage wären; und daß wir dem Gegner nicht als Sünde darwerden, was wir als verantwortliche Politiker selbst tun müßten.

Die deutsche Antwort in Paris.

§ Aus Paris wird gemeldet: Die Unterredung des Herrn v. Kiderlen-Wechsungen mit Herrn Cambon hat, wie hierher gemeldet wird, zwei Stunden gedauert.

Nach den übereinstimmenden Angaben der in der Regel gut unterrichteten Blätter bezieht die deutsche Antwortnote sich ausschließlich auf Marokko und nicht auf die Gebietsabtretungen am Congo.

Alle Blätter sind, wie die „R. Z.“ merkt, darin einmüthig, daß eine internationale Kontrolle nicht gebildet werden könne, da sie die ganze von Frankreich und Deutschland wieder in Frage stellen würde.

Nach Stolypins Code.

Nach Petersburger Blättermeldungen trat der Tod des Ministerpräsidenten Stolypin infolge innerer Blutungen ein. Das Blut ergoß sich zwischen Leber und Zwölffinger.

seinem Tode hat Stolppin, das Zimmer hell zu erleuchten. Alle elektrischen Lichter wurden sofort eingeschaltet. Mit einer letzten Kräfteanstrengung richtete sich der Sterbende auf und lächelte seine Umgebung an. Von 6 Uhr abends an verließ er zeitweilig in Besinnungslosigkeit. Wiederholt rief er laut: „Nehmt den Brief! Gebt den Brief her!“ Um 9 Uhr begannen seine Glieder zu erkalten. Der Atem ging schwer, der Kranke mußte genau, daß er sterbe. Um 9 Uhr sprach er die letzten Worte: „Legt mich auf die Seite!“ Eine halbe Stunde vor dem Tode verlor er die Besinnung.

Die Zeitungen sind Dienstag morgen schon um 7 1/2 um 8 1/2, geschmückt mit dem Bilde Stolppins, erschienen. Sie gehen in langen Artikeln dem Schmerz über das Geistes- und Lebensleben des Verstorbenen nach. „Nemoque Bremen“ sagt, daß in der Geschichte Kriehaus ein neuer Abschnitt beginnt. „Zuljuminister Scgischegelowitow nimmt in Kiew eine Revision der Anordnungen der politischen Polizei vor. Es ist festzustellen, daß Bagrow die Browningpistole von seinem Chef erhalten hat, um es vorberühmtenfalls den angehenden Attentäter niederzuknallen. In der Zusammenkunft des Kabinetts werden große Änderungen erwartet, da Kolomzew in letzter Zeit die Reichsregierung der Minister gegen sich hatte. Das Fortschreiten des Ministers des Innern wird Kolomzew nicht übernehmen. Als Kandidat auf diesen Posten wird das Reichsratsmitglied Balaschew genannt. — Der Kaiser Bagrow bezog 185 Rubel Monatsgehalt von der Geheimpolizei, außerdem erhielt er für besondere Aufträge eine Entlohnung. Bagrows Oheim, ein bekannter Redner, wurde verhaftet, ebenso seine Tante, deren Töchter und Dienerschaft. Der Polizeichef Kujabko wurde vom Dienst entlassen. Der Staatsanwalt berichtete dem Zuljuminister mündlich über den Gang der Untersuchungen. — Unter den Juden von Kiew herrschen Angst und Erregung. Der Polizeiminister teilte im Auftrage der obersten Behörden den Führern der rechtsextremen Verbände von Kiew mit, daß im Falle von Unruhen die härtesten Maßnahmen getroffen werden würden. Der Gouverneur von Kiew machte den Zeitungen die Mitteilung, daß die Truppen aus den Mandroben in die Stadt zurückgeführt und vorübergehend durch ein Infanterieregiment verdrängt worden seien. Der Generalgouverneur kündigt an, daß Unruhen nicht zugelassen werden würden.

Küchler des Jaren.

Thiergarten, 19. Sept. Der Kaiser, der um drei Uhr nachmittags hier eingetroffen ist, besuchte zwei Kutschkuren und hielt dann eine Parade über das 176. Infanterieregiment und die Jägerbataillon. Am Später fand im Saale der Waldschänke ein Empfang der Wälschmarische, des Adels und von Semstomwitsch statt. Auf der Rückfahrt zum Dampftrakt befand der Kaiser das sogenannte Theodorsbühnen, wo er an die 3500 verarmten Bauern verschiedene Fragen richtete. Um 6 1/2 Uhr abends trat der Kaiser unter dem begeisterten Jubel der Bevölkerung zu Schiff die Rückfahrt nach Kiew an.

Kiew, 19. Sept. Der Kaiser und die kaiserliche Familie sind nach Sewastopol abgereist.

Anteilnahme Deutschlands.

Berlin, 19. Sept. (Privattelegramm.) Der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kiderlen-Wächter hat heute morgen dem Vertreter Russlands sein Beileid ausgesprochen. — In der russischen Botschaft findet Mittwoch mittag um 12 Uhr große Trauerfeier für Stolppin statt. Man erwartet dazu Anfordrungen aller europäischen Regimenter, die irgendeine mit Russland in Verbindung stehen.

Wechsel in den Oberpräsidenten.

Wie nunmehr halbamtlich mitgeteilt wird, ist der Oberpräsident von Wadow in Posen an Stelle des in den Ruhestand tretenden Oberpräsidenten Froehner von Malzahn nach Stettin versetzt worden. Zu seinem Nachfolger in Posen ist der Unterstaatssekretär im Kultusministerium, Wirklicher Geheimer Rat D. Dr. jur. Schwartzkopf ernannt worden.

Die politische Bedeutung, welche dem Rücktritt des Posener Oberpräsidenten von seinem wichtigen Posten haben, gegenwärtig in Betrachtung zu bringen ist, haben wir wiederholt, insbesondere auch in Spezialberichten aus der Provinzialhauptstadt gemeldet. Man ist allgemein überzeugt, daß Herr von Wadow Posen verläßt, weil er bei der Berliner Zentralregierung, namentlich beim Landwirtschaftsminister von Schorlemer-Lieser, für die Fortführung der Polenpolitik, wie er sie sich dachte, nicht die nötige Unterstützung fand. Deshalb befestigte sich der Gedanke, daß eine Wandlung in der Polenpolitik bevorstehe, daß von der gesetzlich beschlossenen Entsendung Abstand genommen und auch jenseit der bisherigen Kurs der Ostmarkenpolitik verlassen werden solle. Die Regierung ließ zwar wiederholt das Gegenteil versichern, aber ihre Demotivanden wenig Glauben da für den Rücktritt des Herrn von Wadow keineswegs persönliche, sondern sehr wohl sachliche Gründe in Erfahrung zu bringen waren. Jetzt, da die Persönlichkeit des neuen Oberpräsidenten bekannt ist, wird man wohl kaum zu einer anderen Auffassung der Sachlage gelangen können. Dr. Schwartzkopf war seit dem Tode Stolppins nach dem Minister selbst die maßgebende Persönlichkeit im Kultusministerium. Wenn er diese Stellung verläßt, um an die Spitze eines Oberpräsidiums zu treten, so darf man annehmen, daß hier mehr vorliegt als ein bloßer Personenaustausch. Dr. Schwartzkopf hat nun zwar die Ostmarkenpolitik der Regierung, an deren Durchführung das Kultusministerium für hervorragend beteiligt ist, nicht mitgemacht und auch öffentlich im Landtage vertreten, man hält ihn jedoch für einen Gegner der Schwarzen Tonart, wie sie von den Anhängern des Ostmarkenvereins gefordert wird. Er ist in der Provinz Posen persönlich begütert und kennt ihre Verhältnisse.

Philipp Schwartzkopf ist am 21. Oktober 1858 in Wladenburg geboren, liegt also im 57. Lebensjahre. Am 29. Oktober 1879 zum Gerichtsreferendar im Oberlandesgerichtsbereich Naumburg ernannt, trat er 1883 zur allgemeinen Staatsverwaltung über und wurde alsbald Regierungsreferendar in Wladenburg. Im Jahre 1886 stieg er zum Regierungsdirektor auf. Nach zweijähriger Tätigkeit bei der Regierung in Düsseldorf wurde er 1888 als Hilfs-

arbeiter in das Kultusministerium berufen und 1891 zum Regierungsrat ernannt. Im Januar 1896 wurde er Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat in der 1. Abteilung des Ministeriums. Im Mai 1898 wurde er Geheimer Oberregierungsrat und bereits im März 1899 erhielt er unter Ernennung zum Wirkl. Geh. Oberregierungsrat die Stelle des Direktors der Abteilung für geistliche Angelegenheiten, die er im Jahre 1902 mit der in der Unterrichtsabteilung III. vererbte. Im März 1904 wurde er zum Wirklichen Geheimer Rat mit dem Charakter Erziehung im Sommer vorigen Jahres zum Unterstaatssekretär ernannt. Im Juli 1898 ernannte ihn die theologische Fakultät der Universität Würzburg zum Ehren doktor.

Wie der „Köln. Anz.“ erzählt, ist zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs Dr. Schwartzkopf der Ministerialdirektor von Cappius berufen worden, der seit etwa acht Jahren die gesamten geistlichen Angelegenheiten im Kultusministerium bearbeitet. In dessen Stelle tritt der Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Schmidt.

Deutsches Reich.

Die Stadtverwaltungen und die Lebensmittel-Teuerung.

Nunmehr hat auch der Magistrat von Wilmersdorf gegen die Lebensmittelteuerung Stellung genommen. Er will, ebenso wie es Schöneberg getan hat, eine Aktion gemeinschaftlich mit den Gemeinden Gröbberlin einleiten. Die Führung soll der Berliner Magistrat übernehmen. Berlin und die Korolle wollen sich in einer gemeinsamen Konferenz darüber verständigen, in welcher Weise die Teuerung der Lebensmittel zu bekämpfen und den ärmeren Bevölkerungsschichten zu verhältnismäßig billigen Preisen zu versorgen ist. Der Schöneberger Magistrat hat von der Sachverordnungsversammlung die Direktion erhalten, die notwendigen Lebensmittel anzukaufen und zu billigen Preisen abzugeben.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die gemeinsame Konferenz der Vorortgemeinden auf denselben Standpunkt stellen wird, da hierdurch den Kleinbäuerlein ein erheblicher Schaden erwächst. Diese wollen es sich, wie die Zentralvereine deutscher Vereine für Handel und Gewerbe betont, nicht gefallen lassen, daß man sie für die Preissteigerung verantwortlich macht. Das Organ des Kleinhandels wendet sich lebhaft gegen den Vorwurf, daß etwa die Notlage des ärmeren Substrats von den Kleinbäuerlein ausgeht. Wo die Spekulation und die Spekulation, die zu diesen Zwecken herbeigeführt werden sollen, die Lebensmittel bei Fall, bei der Kleinhandels ohne Einfluß auf die Preisbestimmung. Ueberdies lasse die große Konkurrenz im Kleinhandel die Preise nicht beliebig steigen, sondern würde auf sie.

Der Berliner Magistrat sieht der Anregung des Wilmersdorfer Magistrats und der Schöneberger Stadtverordneten sympathisch gegenüber. Doch werden im Roten Hause Bewilligungen über die Angelegenheit erst gefaßt werden, wenn die Stadtverordneten am Donnerstag dieser Woche sich über die beiden vorliegenden Anträge zur Einberufung der Nahrungsmittelteuerung verständigt haben. In welcher Weise der Berliner Magistrat zur Einberufung der Lebensmittelteuerung Stellung nehmen wird, dürfte Gegenstand der Beratung einer Magistratskommission sein, die zu diesem Zweck herbeigeführt werden soll. Es ist anzunehmen, daß sich der Berliner Magistrat bereits am nächsten Freitag mit dieser Frage beschäftigen wird. Der Magistrat von Kitzdorf wird sich in seiner nächsten Sitzung ebenfalls mit der drohenden Vertuerung der notwendigen Lebensmittel beschäftigen.

Die Innungsverbände und die Reichstagswahlen.

Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands hat sich mit den kommenden Wahlen beschäftigt und einen Aufruf beschlossen, der zugleich ein Programm bedeutet. Als Richtschnur werden dabei für die Unterfertigung der Kandidaten zehn Punkte des wirtschaftlichen Programms der Handwerkerschlange genommen, u. a. die Forderungen auf: 1. Herbeiführung eines geordneten Verhältnisses zwischen Fabrik und Handwerk auf Grund einer Zusammenführung von Gewerbe und Industrie in einer gemeinsamen Tätigkeit für die Jugendbildung und unter Beitragsleistung der Industrie zu den erforderlichen Mitteln. 2. Stärkere Heranziehung des Handwerks zur Begünstigung bei Gesetzgebungen und als Mitglieder der ersten Kammer. 3. Einräumung besonderer Sonderbefreiungen in den Ministerien. 4. Berücksichtigung der Stellungsfähigkeit des Handwerks in der Sozialpolitik und Abweisung der Arbeitskammern der Arbeitlosenversicherung, dagegen Schutz des Arbeitswilligen. 4. Ausbau der Fachfortbildungsschule aus Reichsunterstützung. 5. Reichsgesetzliche Regelung des Berufungswesens. 6. Fortführung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Bauhandwerks. 7. Zweidrittelige Mittel zur Verhinderung der Konkurrenz der Gewerkschaften, der Warenhändler, der Beamten- und sonstigen Konsumvereine, der Warenhändler und der Selbsthülfe. 8. Schutz der bestehenden Handwerkbetriebe vor Anwendung gewerbelieferter, für das Fortbestehen derselben ruinöser Bestimmungen und Revision der Bäckerei- und ähnlicher Verordnungen. 9. Förderung aller Mittel zur Bekämpfung des Vergewaltens, wie der Diskontierung offener Forderungen usw.

Ein rektifizierter Staatsanwalt.

Gelegentlich eines Staatsprozesses vor dem Mannheimer Schörrichter hatte der Staatsanwalt Krauß über den Charakter der Bevölkerung in Laubersbrunn folgende Redewendungen gebraucht: „Es sei in jeder Gegend ähnlich, den sieben Gott als Zeugen anzurufen, daß man es nicht gern getan habe, wenn man einen Meineid geschworen oder einen Brand gestiftet habe.“ Ferner „wenn anders jemand eine Beleidigung durch eine Dürftigkeit sühne, so würde man in Königshofen des Beleidigers Haus an“, und weiterhin „die Beleidigungen seien geistlich arrangiert gewesen: bei acht großen Bränden ist kein Stück Vieh umgekommen, und hier hätten sich Zeugen gefunden, die ausjagten, daß der Hauptverdächtige im Bett gelegen habe.“

Auf Betreiben des Jentrums, dessen Presse lebhaften Protest erhob, wurde in Laubersbrunn von Reichsbränden, eine große Protestversammlung abgehalten und die Beschlüsse an den Justizministerum geschickt. Dieses mitteilte die Äußerungen und erklärt in seinem Bescheide: „Wir können selbstverständlich beratige Äußerungen nicht billigen, und wir haben deshalb auch dem Staatsanwalt Krauß unsere Mißbilligung zu erkennen gegeben und die Erwartung ausgesprochen, daß er sich für sein großes Juristenschicksal auflegen werde.“

Zur Privatbeamten-Versicherung.

Unter dem Vorsitz des Regierungsdirektors von Kapf hielt die Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung am 18. Sept. um 9 Uhr eine Plenarsitzung ab. Nach den Berichten darüber stellten die Untersuchungen der versicherungsmathematischen, juristischen und volkswirtschaftlichen Referenten hinsichtlich der Übertragung der Privatbeamtenversicherung auf eine Vereinigung von Lebensversicherungs-Gesellschaften fest, daß bei den Leistungen der Angestellten, wie der Regierungsentwürfe ist vorzuziehen, nicht nur die Leistungen des Entwurfs sich erzielen lassen, sondern daß die angestellten eine Barrente von nur fünf Jahren und die Möglichkeit haben, unter einer Reihe von Versicherungsarten auszuwählen. Hinsichtlich des Ausbaus der Versicherungsmathematik ist die Befragung der Volkswirtschaft durch die Sonderliste um 100 Millionen von der Regierung zu gering geschätzt, die versicherungsmathematischen Einwände gegen den Ausbau sind nicht berücksichtigt und die Befragung des Reiches durch den Ausbau infolge der Wahl eines eigenartigen und ganz neuen Vertragstyps, sowie der allmählichen Verringerung des Reichsbeitrags in den höheren Gehaltsstufen ist in den engsten Grenzen bemerkt.

Kleine vermischte Nachrichten.

Keine Feuerbestattung in Bayern. Der Magistrat von Nürnberg hatte zur Errichtung eines Krematoriums 32 000 Mark in den kaiserlichen Beiratsrat eingelegt. Die Ministerialkommission hat darauf jetzt eine Verfügung an den Magistrat erlassen, wonach sie diese Errichtung als gegenwärtig und der staatlichen Ordnung widersprechend erklärt, weil eine vom Staat gegebene polizeiliche Regelung der Feuerbestattung nicht bestreite. Die Einstellung in dem Beiratsrat wird außer Wirksamkeit gesetzt und der Ausgabebetrag in Beiratsrat gestrichen.

Turnhalle für Schulpfortuna. Besteht Erregung herrscht in der Dresdener Schulpfortuna, infolge eines Entlasses des Polizeipräsidenten, monach für die Schulpfortuna Turnhalle eingeführt wird, um ihre körperliche Überanstrengung zu erhöhen und einer frühzeitigen Pensionierung vorzubeugen. Die Hälfte der Turnstunden ist in die bisherige freie Zeit der Polizisten gelegt worden, wodurch diese, die auch sonst häufig der Ausstellung manigfaltig dienlich in Anspruch genommen sind, noch weiter verdrängt wird. Es sind bereits Protestversammlungen in dieser Angelegenheit abgehalten worden.

Die Teuerungszugengebungen in Oesterreich.

Wien, 19. Sept. In Oesterreich ist wieder volle Ruhe eingetreten, jedoch wurden heute nacht bis heute morgen noch 158 neue Verhaftungen vorgenommen. Von den verhafteten Personen sind bisher 128 bei dem Landesgericht eingekerkert worden.

Dienstag haben Teuerungsdemonstrationen in mehreren Städten der Monarchie stattgefunden, so in Wien, Neuhof, Graz, Reichenberg; überall verliefen die Demonstrationen ruhig, nur in Salzburg kam es zu lärmenden Zugengebungen vor dem Gebäude der Landesregierung.

Ein hoher Staatsbeamter äußerte sich über die Maßnahmen, welche die Regierung gegen die Teuerung zu ergreifen gedenkt, wie folgt: Aus der dem Parlamente vorgelegten Berichten wird sich ergeben, daß die Regierung im Wege von Tarifbegünstigungen und administrativen Verfügungen aller Arten bereits mehrere Millionen für die Herbeiführung billiger Lebensmittel verwendet hat; ferner beschäftigt sie, gemeinsam mit den Städten, so weit als möglich eine Versorgungsanstalt einzurichten und die „schädliche Einwirkung des Juchtenhandels“ einzudämmen. Die Verhandlungen mit Ungarn wegen der Fleischzufuhr werden in den nächsten Tagen beendet, und unter dem Titel einer Stoffbandaktion wird für die Einfuhr getrockneten Fleisches auch aus Argentinien Sorge getragen werden. Diese Verfügungen sind bis zum 5. Oktober, dem Tag des Parlamentesbeginnes, zu erwarten.

Ausland.

Neue Verschwörung in Serbien.

Aus Wien meldet die „N. Z. A. M.“: Nach einem Belgrader Telegramm ist dort eine neue Verschwörung entdeckt worden, die einen Thronwechsel zugunsten des Kronprinzen Alexander bezweckt. Der Kronprinz soll die Verschwörung begünstigen, weil sein Bruder Georg nicht alle Hoffnung auf den Thron aufgegeben hat. König Peter ist durch die Memoiren des Komarowitsch neuerdings als Teilnehmer an der Verschwörung von 1903 bloßgestellt worden. Die Veröffentlichung bezweckt, das Verweilen des Königs auf dem Thron unmöglich zu machen.

Der irische Eisenbahnerstreik

hat sich seit Sonntag erheblich vergrößert. Der Verkehr auf den drei größten Eisenbahngesellschaften Irlands, die Great Southern, die Great Northern und die Midland Great Western Railway, ist fast vollständig lahmgelegt. Die Angestellten dieser drei Gesellschaften beschließen in einer Versammlung in Dublin den allgemeinen Ausstand. Die Ursache des Streikes liegt in der Verringerung der Löhne, Fortsetzung der weitergehenden, weil im Holzgewerbe Streiktagen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ausgedehnt sind. Auf den drei genannten Eisenbahnen war noch gearbeitet, aber mit stark vermindertem Personal, so daß es beinahe unmöglich ist, den Verkehr aufrecht zu erhalten.

Große Ausschreitungen werden aus Turles gemeldet, wo sämtliche Signalwärter, Lokomotivführer, Gepäckträger usw. mit Ausnahme eines einzigen Signalwärters streikten. Die Ausständigen griffen seine Signaltäfel an, feuerten Schüsse auf den Wärter ab, so daß auch dieser Beamte sich schließlich den Streikenden aus Furcht anschloß. Auf derselben Station wurde der Erpreßzug von Dublin nach Cork angehalten und mit Steinen beworfen. Die Lokomotivführer und Zugbeamten wurden aus dem Zuge geschleudert. Von Lukenstein ab ist der Verkehr ganz zum Stillstand gelangt. Die irischen Truppen, die sich im Wälder befinden, wurden zur Aufgabe gezwungen. Auch wird ein Teil der englischen Soldaten bereitgehalten, um im Notfall nach Irland abzugehen.

10
fent
wird
der
Gr
Gin
Gri
119
tär
fr
it
er
er
in
Mon
Bog
mitt
De
f
nicht
der
G
für
j
wan
des
net
Ab
die
get
Stad
von
2
Sade
Boig
Weth
Woh
zählt
39
Ja
Ist
Die
Sine
mal
da
89
De
durch
ber
ter
zu
get
stelt
ung
gerich
abge
best
Anst
wolut
Mag
durch
die
statu
haben
über
den
Sta
e
er
die
ber
vorge
Grund
kläger
an
dem
Be
helt
stall
ung
gegen
G
den
G
bürger
den
Fr
Da
Stad
Stad
gemein
kläger
bet
das
nach
dem
zum
St
er
im
des
Ob
Re
e
G
nig
G
nig
V. S
är
in
bief
die
G
wert
12.
Sep
erre
f
fieren
Die
S.
zier,
die
Di

